

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Nikolaus Kramer, Fraktion der AfD

**Kommunikation und Planung der Landesregierung mit und für die Landespolizei
und**

ANTWORT

der Landesregierung

Unter der Überschrift „Innenminister interessiert sich nicht für Polizei“ thematisiert die Ostsee-Zeitung im August 2023 den Personalmangel bei der Landespolizei und diesbezügliche Beschwerden der Gewerkschaft. Diese äußerte sich außerdem kritisch zur Ausstattung der Polizei, im Besonderen zum Verzicht auf sogenannte Dashcams sowie zur Schwerpunktsetzung seitens des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung (SVZ vom 7. August 2023 und Ostsee-Zeitung vom 8. August 2023).

1. Wann wurde zuletzt eine umfassende und präzise Evaluation zur Bedarfslage der Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt?
Welches Ergebnis hatte die letzte Evaluation (bitte die wichtigsten Resultate und Schlussfolgerungen skizzieren)?

Die Bedarfslage in der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern wird fortlaufend turnusmäßig als auch anlassbezogen überprüft. Letzteres erfolgt insbesondere bei der Einführung neuer Führungs- und Einsatzmittel, der Ersatzbeschaffung sowie im Rahmen von Innovationen.

2. Wann hat der Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung im Jahr 2023 persönlich mit Vertretern der Landespolizei korrespondiert, wobei nicht Beförderungen, Auszeichnungen oder Stellenbesetzungen Themen waren, sondern die personelle und materielle Ausstattung der Landespolizei (bitte die Korrespondenzen auflisten)?

Der Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung führt über Korrespondenzen hinaus regelmäßig Gespräche sowohl mit Vertretern aus den Dienststellen der Landespolizei als auch mit den Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in den Dienststellen vor Ort. So wurden seit dem Amtsantritt nahezu alle Polizeireviere persönlich besucht. Die Ergebnisse der Besuche werden durch den Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung mit der Polizeiführung ausgewertet. Auch außerhalb dieser regelmäßig stattfindenden Besuche nutzt der Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung viele Möglichkeiten, um bei Veranstaltungen oder Polizeieinsätzen mit den Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten und den Einsatzleitungen vor Ort in den direkten Austausch zu treten. Das gilt beispielsweise namentlich für Großveranstaltungen (wie der HanseSail), für Sportveranstaltungen (wie Fußballspiele) oder auch für Festivals (wie der Fusion, Pangea oder Jamel). Durch diese Kontakte erhält der Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung regelmäßig ein sehr direktes Bild über die personelle und materielle Ausstattung der Landespolizei.

Dieses gilt gleichermaßen für den für die Polizei zuständigen Staatssekretär im Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung.

3. Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus der Kritik von Vertretern der Polizei?
Welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation sind geplant oder befinden sich bereits in der Umsetzungsphase?

Die Landesregierung und die Landespolizei arbeiten gemeinsam, um einen Beschäftigtenaufwuchs zu erreichen. Gerade in den vergangenen beiden Jahren wurde erhebliche Kraft in den Personalaufwuchs investiert. Seit Ende 2021 wurden erste Erfolge bei der Gewinnung des Nachwuchses für die Landespolizei erzielt. So haben gerade 157 neue Polizeianwärterinnen und -anwärter für den mittleren Dienst zum 1. August 2023 ihre Ausbildung in Güstrow begonnen. Statt der zunächst geplanten fünf Seminargruppen konnte aufgrund der gestiegenen Zahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber kurzfristig auf sieben Seminargruppen aufgestockt werden.

Dies ist unter anderem ein Erfolg der mit dem Zentralen Auswahl- und Einstellungsdienst der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege (FHöVPR) vereinbarten stärkeren Präsenz dieses Dienstes in der Fläche, um auf Interessierte zuzugehen. So hatte die FHöVPR für den mittleren Dienst an zwei Tagen in Stralsund und Wismar angeboten, bereits dort das Bewerbungsverfahren zu beginnen. Ein – so bestandener – Test behielt für das weitere Verfahren Gültigkeit. Damit verließen die Interessierten die Veranstaltung mit der Gewissheit, einen Teil der Einstellungsvoraussetzungen „bereits in der Tasche zu haben“.

Darüber hinaus wird die Arbeit in den sozialen Medien weiter vertieft und die Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich angepasst.

Auch bei Fahrzeugen sowie bei Einsatz- und Führungsmitteln sind in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen worden. Dies gilt insbesondere auch für die vielfältigen Digitalisierungsprojekte in der Polizei. So konnte sichergestellt werden, dass die auf Jahre vorgesehene Einführung der Diensthandys für die Streifenbeamtinnen und -beamten, der sogenannten mPol-Geräte, bereits im Jahr 2023 umgesetzt wird.

4. Welche Gründe haben das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung dazu bewogen, auf den Einsatz von sogenannten Dashcams zu verzichten?

Der Einsatz von Führungs- und Einsatzmitteln für die Landespolizei, so auch die „Dash-Cam“, unterliegt im Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung einer fortwährenden Prüfung und Anpassung. Zurzeit werden die Beschaffung und der Einsatz von „Dash-Cams“ in der Landespolizei nicht priorisiert.

5. Hat es bezüglich der Verwendung von Dashcams einen umfassenden und exakten Erfahrungsaustausch zwischen der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und Vertretern derjenigen Länder gegeben, in denen bereits Dashcams verwendet werden?
Welche Argumente führen andere Innenministerien oder Landesregierungen an, die sie dazu bewegen, weiterhin Dashcams einzusetzen?

Das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung und die Landespolizei befinden sich durch ihre Gremientätigkeit im ständigen Erfahrungsaustausch mit dem Bund und den Ländern. Zuletzt wurde im Juni 2021 der Stand der Ausstattung der Länder mit Dash-Cams im Rahmen einer Bund-Länder-Umfrage erhoben. Seinerzeit haben lediglich drei Bundesländer ihre Funkstreifenwagen allumfassend mit Dash-Cams ausgestattet. Die Technik werde zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und zur Erhöhung der Eigensicherung eingesetzt.

6. Welche konkreten rechtlichen Bedenken hat die Landesregierung gegenüber dem Einsatz von Dashcams in Mecklenburg-Vorpommern?

Hierzu wird auf § 32 Absatz 8 des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes sowie im Übrigen auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

7. Welche Personen befragt der Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung, um sich bezüglich der Landespolizei und ihrer Ausstattung beraten zu lassen?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 2 und 5 verwiesen.

8. Welche Priorität haben Zustand und Ausstattung der Landespolizei bei den anstehenden Haushaltsplanungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern?
Inwieweit bewirkt die Kritik der Polizei-Gewerkschaft Veränderungen innerhalb der laufenden Haushaltsplanungen der Landesregierung?

Die personelle und sächliche Ausstattung der Landespolizei genießt bei der Landesregierung eine hohe Priorität. Hierzu wird auf die Ziffern 469 ff. der Koalitionsvereinbarung verwiesen. Der Investitionskorridor der Polizei in Höhe von 11 Millionen Euro ist im Haushaltplanentwurf 2024/2025 unverändert hoch. Trotz Einsparvorgaben an anderer Stelle wurden keinerlei Einsparungen in diesem Bereich vorgenommen. Auch die Mehrbedarfe durch Preissteigerungen im investiven und sachlichen Bereich wurden berücksichtigt. Außerhalb dieses allgemeinen Investitionskorridors werden zudem wichtige Ersatzbeschaffungen, wie beispielsweise die von Polizeihubschraubern und Polizeibooten, gesondert finanziert und damit finanziell abgesichert.